



Pulsschlag – Wie eine Region tickt

## Neuer Filz bei Stuttgart 21?

**Nach Kostenexplosionen und Fehlplanungen droht bei Stuttgart 21 ein weiterer Skandal, diesmal in Sachen Politikfilz: Die verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Nicole Razavi, berät den holländischen Grontmij-Konzern. Dessen deutsche Gesellschaft ist größerer Auftragnehmer beim umstrittenen Bahnprojekt. Für zusätzliche Verwunderung sorgt, dass Grontmij die Kosten für das Prestigeprojekt bereits im März 2010 auf über sechs Milliarden Euro taxierte, Politik und Bahn damals aber noch mit 4,088 Milliarden Euro rechneten.**

Nicole Razavi schenkt dem politischen Gegner nichts. Insbesondere wenn der wie die Grünen gegen Stuttgart 21 ist. Dann läuft die verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion in Parlamentsdebatten oder Pressestatements zur Höchstform auf. "Özdemirs Aussagen zu Stuttgart 21 sind zutiefst undemokratisch!", geißelte sie etwa im vergangenen September den Stuttgarter Bundestagskandidaten der Grünen. Cem Özdemir, der auch Parteivorsitzender der Ökopartei ist, hatte im Wahlkampf betont, dass das letzte Wort über die milliardenteure Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs noch längst nicht gesprochen ist. Aus Sicht von Razavi trat der Grünen-Chef "fast zwei Jahre nach der Volksabstimmung das Votum des Volkes mit Füßen".



Unter Beschuss nimmt die Geislinger Landtagsabgeordnete regelmäßig auch den grünen Landesverkehrsminister. Zuletzt attackierte sie Winfried Hermann nach dem Fest der Liebe (Weihnachten) wegen der Mode-Show "RadCouture", die in Mannheim vor 600 Gästen für den stolzen Betrag von 88 000 Euro über die Bühne ging. "Es ist mir neu, dass das Thema Radmode zu den Aufgaben eines Verkehrsministers zählt", ätzte die 48-jährige Christdemokratin in der "Bild"-Zeitung. Richtig "aggro" wird die langjährige enge Mitarbeiterin des früheren CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus, wenn Hermann ein Haar in der Stuttgart-21-Suppe findet. Dem Grünen sei fast jedes Mittel recht, um das Projekt noch zu verhindern, verbreitete Razavi im Sommer 2011, als über den Stresstest der neuen Durchgangsstation gestritten wurde. Hermann sei ein "Verkehrtsminister" und "Geisterfahrer", der nach dem Motto "Tricksen, tarnen, täuschen" arbeite, unterstellte Razavi.

## Beißende Kritik aus niederen Motiven?

Warum die Parlamentsrätin a. D., was als Berufsbezeichnung Razavis im Abgeordnetenhandbuch steht, für das milliardenschwere Infrastrukturprojekt den Mund immer so voll nimmt, wird erst klar, wenn man sich ihre Nebentätigkeiten genauer anschaut. Razavi gehört dem Council (deutsch: Beraterkreis) der Grontmij GmbH aus Bremen an. Die Grontmij-Gruppe (ausgesprochen: Grontmay) mit Sitz in De Bilt in den Niederlanden ist nach eigenen Angaben eine der größten Planungs- und Ingenieursgesellschaften in Europa. Weltweit beschäftigt der Konzern mehr als 8000 Mitarbeiter, die meisten in Nord- und Westeuropa. Die deutsche Grontmij berät vor allem öffentliche Auftraggeber und ist bundesweit an 30 Standorten mit insgesamt 680 Mitarbeitern tätig. Nach Kontext-Recherchen ist die deutsche Grontmij-Tochter Hauptauftragnehmer für Projektplanung und Bauüberwachung beim Bahnprojekt Stuttgart 21. Die Frankfurter Niederlassung ist verantwortlich für die baukonstruktiven Planungen des riesigen Tiefbahnhofs und dessen Zulauftunnel, mit deren Bau nach jahrelanger Verzögerung nun im Spätsommer im Stuttgarter Talkessel begonnen werden soll. Zusätzlich ist Grontmij im Planfeststellungsabschnitt 1.5, der die Zulaufstrecke zwischen dem Vorortbahnhof Feuerbach und dem neuen Tiefbahnhof umfasst, aktuell mit der laufenden Bauüberwachung beauftragt.



Screenshot der Homepage von Grontmij.

Das Grontmij-Council, in dem Nicole Razavi nach Grontmij-Angaben seit etwa anderthalb Jahren sitzt, hat beratende Funktion für die Geschäftsleitung. Auf Anfrage bestätigt das Unternehmen, dass sich das Beratergremium jährlich vier Mal zum Gedankenaustausch mit den vier Geschäftsführern von Grontmij trifft. Zuletzt reiste Razavi am 6. Dezember zur Hauptsitz des Unternehmens nach Bremen. "Wir stellen die Strategiekonzepte unseres Unternehmens vor und wollen die Meinung der Council-Mitglieder dazu erfahren", schildert Grontmij-Geschäftsführer Jochen Ludewig, um was es in den eintägigen Meetings geht. Klingt zunächst nach harmlosem Kaffeekränzchen.

Nach Auskunft von Grontmij-Pressesprecherin Susanne Schumacher erhalten die Council-Mitglieder für ihre Beratertätigkeit lediglich Spesenersatz. Zum Council-Mitglied werde man auf Empfehlung von Geschäftsführung und Personen, die mit dem Unternehmen besonders verbunden sind. Auf wessen Empfehlung Razavi Council-Mitglied wurde, darüber schweigt sich das Unternehmen aus. Sicher ist, dass Ina Brandes, die Sprecherin der Grontmij-Geschäftsführung in Bremen, enge Kontakte zur CDU unterhält. In ihrem Facebook-Profil führt Brandes nicht nur die CDU-Stadtratsfraktion in Cuxhaven sowie die Junge Union, sondern auch die Christdemokraten Niedersachsens sowie den früheren CDU-Generalsekretär und heutigen Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe als Favoriten.



SPD-Staatsekretär und Ex-Council-Mitglied Uwe Beckmeyer. Foto: BMW

Doch dass auf den Council-Zusammenkünften nicht nur über das Wetter geredet werden dürfte, darauf lässt die Schwierigkeit schließen, mehr über Zusammensetzung und Funktion des Beirats zu erfahren. Die Grontmij-Homepage verrät nichts darüber. Nach Kontext-Informationen besteht das Council derzeit aus rund einem Dutzend Mitgliedern, zu denen neben Razavi bis vor wenigen Tagen auch Uwe Beckmeyer gehörte. Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Bremen war zwischen 2004 und 2011 Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion, also in Bereichen engagiert, in denen Grontmij sein Geld verdient. 2011 wurde Beckmeyer "maritimer Koordinator" der SPD-Fraktion im Berliner Reichstag und plädierte in dieser Funktion für den Ausbau der teuren Offshore-Windparks – was nach Unternehmensdarstellung ebenfalls ein Arbeitsfeld der Grontmij GmbH ist.

**Beim Abgeordneten geduldet, beim Staatssekretär geächtet**

Vor wenigen Tagen schließlich machte der neue SPD-Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel den Bremer Abgeordneten zum Parlamentarischen Staatssekretär. Auf Anfrage von Kontext teilte Gabriels Ministerium am vergangenen Dienstag mit, dass Uwe Beckmeyer "im Zuge seiner Ernennung zum Parlamentarischen Staatssekretär" unter anderem die Mitgliedschaft im Council bei der Firma Grontmij niedergelegt hat. "Gemäß Paragraf 5 Bundesministergesetz (i. V. m. § 7 PStG) dürfen Mitglieder der Bundesregierung kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben. Sie dürfen ferner während Ihrer Amtszeit auch nicht dem Vorstand, Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören", erläutert Ministeriumssprecherin Tanja Alemany den Rückzug.

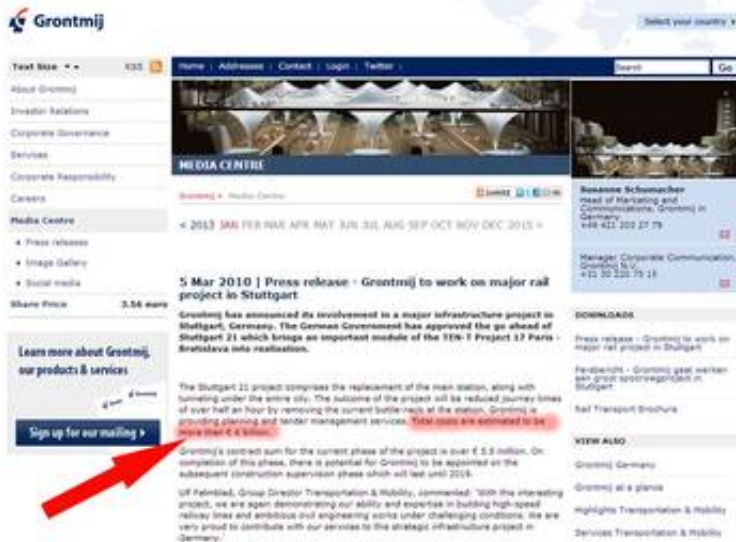


Gern hätte Kontext Nicole Razavi direkt gefragt, welche Interessen sie als CDU-Abgeordnete im baden-württembergischen Landtag vertritt. Die des Landes und seiner Bürger oder die eines holländischen Dienstleistungskonzerns? Razavi übersandte jedoch nur ein kurzes schriftliches Statement\*, in dem sie wirtschaftliche und tatsächliche Interessenverknüpfungen verneint. Dabei beteiligte sich Razavi im Laufe ihrer Abgeordnetenkarriere mehrfach an Abstimmungen über Stuttgart 21. So votierte sie etwa im September 2011 gegen das sogenannte Kündigungsgesetz der Finanzierungsverträge zum umstrittenen Bahnprojekt. Das von der grün-roten Regierungskoalition eingebrachte Gesetz ebnete den Weg zur Volksabstimmung über Stuttgart 21 am 27. November 2011.

## Razavi stimmte immer pro Stuttgart 21

Die Grünen warben damals für einen Ausstieg aus dem Projekt, unter anderem wegen weiterer Mehrkosten in Milliardenhöhe, die den damaligen Kostendeckel von 4,5 Milliarden Euro wegzusprenge drohten. Razavi wiederum betonte im Landtag und im Vorfeld der Volksabstimmung stets, dass der Kostendeckel sicher sei und damit ein Ausstieg aus Projekt durch das Land nicht in Frage käme. Bekanntlich wurde im Dezember 2012 öffentlich, dass der DB-Vorstand um Bahnchef Rüdiger Grube seit Längerem mit Gesamtkosten von 6,5 Milliarden Euro für die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs rechnete.

Dass der Kostendeckel von Stuttgart 21 nicht mehr als ein politisches Placebo im Vorfeld der Volksabstimmung war, war offenbar selbst im holländischen Grontmij-Hauptquartier bekannt. Denn bereits am 5. März 2010, knapp einen Monat nach dem offiziellen Baustart von Stuttgart 21, verbreitete der Mutterkonzern eine Mitteilung, in dem er stolz die Beteiligung seiner deutschen Tochtergesellschaft an der Umsetzung des Bahnprojekts durch Planungsleistungen im Wert von 5,5 Millionen Euro verkündete. Die eigentliche Sensation der kaum beachteten Pressemitteilung steht am Ende der Projektbeschreibung: Demnach taxierten die Grontmij-Manager die Gesamtkosten für die Verlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs schon damals "auf geschätzt mehr als 6 Milliarden Euro". Offiziell seitens der Bahn und treuherzig seitens sämtlicher Befürworter



Grontmij-Meldung vom 5. März 2010.

*wirtschaftliche oder tatsächliche Interessenverknüpfung liegt hier in keiner Weise vor."*

in CDU, SPD und FDP lag der Preis des Prestigeprojekts dagegen noch bei 4,088 Milliarden Euro.

**\* Das schriftliche Statement von Nicole Razavi im Wortlaut**

*"Meine Mitgliedschaft (seit 2012) im Council der Grontmij GmbH bezieht sich in keiner Hinsicht auf das operative Geschäft. Im Übrigen nimmt auch der Landtag von Baden-Württemberg keine Exekutiventscheidungen vor. Die Offenlegungsregeln des Landtages gemäß § 4 a des Abgeordnetengesetzes habe ich rechtlich einwandfrei wahrgenommen. Eine*



S21-Baustelle Stuttgarter Schlossgarten. Foto: Martin Storz

**Gefällt Ihnen dieser Artikel?**

Von: Jürgen Lessat  
 Datum: 15.01.2014 (Update: 16.01.2014)  
 Ausgabe: 146  
 Rubrik: Pulsschlag – Wie eine Region tickt